

## Reden nach Rugby-Regeln

Brexit und kein Ende – ist die Europäische Union zu nachgiebig mit dem Hasardeur Boris Johnson? | Von Rolf-Dieter Krause

Es ist also immer noch nicht zu Ende. Der Brexit, dieser quälende Loslösungsprozess Großbritanniens vom politischen Europa, zieht sich in eine weitere Verlängerung. Eigentlich sollte am vergangenen Donnerstag Schluss sein: Wenn bis dahin kein Abkommen stehe, so hatte Boris Johnson gedroht, sehe er nicht, wie es noch zu einem Freihandelsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union kommen könne. Aber die Frist verstrich wie schon einige vor ihr ohne erkennbare Folgen.

Jetzt wird also weiterverhandelt. Der EU-Gipfel hat jedenfalls den Willen dazu bekundet, von Johnson wird nichts anderes erwartet (er wollte sich erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe äußern). Keiner will an einem offenen Bruch schuld sein, und allmählich gewinnt auch die Angst vor den wirtschaftlichen Folgen eines No-Deal-Brexit die Oberhand.

Wobei die Frage ist, wo diese Angst größer ist. Fast flehentlich forderte der EU-Gipfel die Briten auf, doch nun die nötigen Schritte zu gehen, um einen Kompromiss zu ermöglichen, zu dem man natürlich auch selbst bereit sei, natürlich „nicht um jeden Preis“, aber man wisse schon, dass man auch Zugeständnisse machen müsse. Und die Briten? Zeigten sich „enttäuscht“ (so ihr Chefunterhändler David Frost), dass bei diesem Gipfel nicht mehr herausgekommen war.

Es ist eine verkehrte Welt. Tatsächlich ist Großbritannien viel mehr auf den möglichst ungehinderten Zugang zum europäischen Markt angewiesen als umgekehrt die EU auf den britischen Markt. Natürlich würde es auf beiden Seiten bei einem No-Deal-Brexit Leidtragende geben, aber die würden sich vor allem auf der Insel finden. (Ohnehin würde ein Brexit ohne Abkommen ja nicht das Ende aller Geschäfte bedeuten: Die EU unterhält mit vielen Ländern lebhaft Handelsbeziehungen, ohne dass sie mit ihnen Freihandelsverträge abgeschlossen hätte.)

Die Kräfte sind also eigentlich ziemlich eindeutig verteilt. Und doch sieht die EU inzwischen wie ein Bittsteller aus, während Johnson fordert, droht, Fristen setzt und Bedingungen stellt. Es ist eine merkwürdige Verhandlungslage, in die sich die Europäer gebracht haben. Inzwischen müssen sie sich ernsthaft sorgen, dass der Binnenmarkt, der Kern des europäischen Projekts, Schaden leidet.

Denn das ist es, worauf es die Brexiteers von vornherein angelegt hatten. „Take back control“ bedeutete nichts anderes, als dass sie ihre eigenen Regeln – für die Umwelt, das Soziale, staatliche Subventionen etc. etc. – machen wollten, um dann mit Dumping-Preisen Europas Wirtschaft unfaire Konkurrenz zu machen.

Inzwischen sehen sich die EU-Unterhändler gezwungen, um das *level playing field*, also um faire Wettbewerbsbedingungen zu kämpfen. Dass sie das schaffen werden, ist fraglich angesichts der Lösungen, die diskutiert werden. Vor allem aber werden diese Lösungen alles andere als klar und eindeutig sein.

Es wäre doch eigentlich ganz einfach gewesen: Wer sich auf einem gemeinsamen Markt tummeln will, muss die Spielregeln dieses Marktes befolgen. Und wer die Spielregeln nicht respektieren will, kann eben nicht mitspielen. Man kann nicht Teil einer Fußballliga sein und nach den Rugby-Regeln spielen wollen.

Über anderes muss man in der Tat verhandeln. Schon wahr: Nach dem Brexit gehören die britischen Hoheitsgewässer den britischen Fischern. Aber die wollen große Teile ihrer Fänge wie bisher auf dem Kontinent verkaufen. Für diesen Zugang kann Europa etwas verlangen, zum Beispiel Fangrechte für europäische Fischer.

Stattdessen droht der gesamtwirtschaftlich nahezu bedeutungslose Fischfang zum Faustpfand für die Briten zu werden, um sich Zugänge zum Binnenmarkt zu sichern.

Warum hat Europa sich in so eine Lage gebracht? Vermutlich gibt es mehrere Antworten auf diese Frage.

Zum einen hat die EU den Brexit nie wirklich ernst genommen. Die Briten haben zwar entschieden, dass sie die EU verlassen wollen, aber Brüssel und die kontinentalen Hauptstädte heben seitdem vor allem die pro-europäische Minderheit auf der Insel hervor, die man nicht im Stich lassen dürfe. Deshalb müsse das Vereinigte Königreich so eng wie möglich an die EU



In Windes-Weben: Boris Johnson

gebunden werden. Dass das Land genau das Gegenteil entschieden hatte, demokratisch und mit Mehrheit – in der Haltung der EU war das nie zu erkennen.

Im Gegenteil: Viele europäische Akteure, nicht zuletzt in Berlin, legten regelrecht Fürsorglichkeit an den Tag, so als müsse man die Briten vor sich selbst schützen. Ihr wirtschaftlicher Niedergang, so hieß es dann, könne in niemandes Interesse sein. Schließlich seien sie ja auch ein wichtiger Partner in der Nato.

Nicht zuletzt gibt es auch auf dem Kontinent wichtige (allerdings Einzel-)Interessen, die einer klaren Trennung entgegenstehen, die der französischen Fischer etwa oder die der deutschen Autoindustrie. Vor allem BMW, das auf der Insel etwa zwei Drittel seiner Minis produziert, hat sich offenkundig fest darauf verlassen, dass ein harter Brexit vermieden wird.

Einem wie Boris Johnson spielt das in die Hände. Die Verachtung für Europa, die er schon in seiner Zeit als Brüssel-Korrespondent einer britischen Zeitung an den Tag legte, hat er auch als Politiker nicht abgelegt. So schießt er dann eben einen Austrittsvertrag mit der EU, in dem die Sonderrolle Nordirlands zwischen Großbritannien und der Republik Irland beschrieben wird, damit dort eine harte Grenze vermieden wird. Und ein paar Monate später lässt er ein Gesetz beschließen, das genau diesen Vertrag bricht und die Regelungen für Nordirland zurücknimmt. Er macht das, weil er es kann. Die EU redet ja trotzdem mit ihm.

Allerdings haben die Verhandlungen auf diese Weise noch ein Thema: Die EU muss jetzt irgendwie sicherstellen, dass die Briten sich dann auch an das halten, was sie mit Brüssel vereinbart haben. Es ist absurd.

Nicht um jeden Preis werde es ein Abkommen geben, versicherte die Bundeskanzlerin nach dem Gipfel tapfer, um dann eilfertig zu versichern, dass „natürlich auch wir Kompromisse machen müssen“. Das war dann wohl der entscheidende Satz. Er unterschlägt allerdings, dass Europa den Briten schon einen Riesenschritt entgegengekommen ist: Von der früher einmal für unauf löslich erklärten Verbindung vom freien Warenverkehr mit der Freizügigkeit für Personen ist schon lange keine Rede mehr. Europa verwässert nun auch den Binnenmarkt.



ROLF-DIETER KRAUSE

war langjähriger Leiter des ARD-Studios in Brüssel.

## Quadratur des Wahlkreises

Die kompensatorische Lage des heutigen Parlamentarismus – zwischen Bewahrung und Entfremdung | Von Uwe Jun

Bei der Verabschiedung der jüngsten, minimal invasiven Wahlrechtsreform vor einer Woche fielen zwei der drei zentralen Trends der Entwicklung von CDU und SPD ins Auge, auf die ich schon im Jahr 2002 aufmerksam gemacht hatte und welche das Verhalten mit Blick auf die Entwicklungen der Parteien erklären: die miteinander zusammenhängenden Phänomene der Etablierung und Professionalisierung der Organisationen, die neben der Medialisierung zu nennen sind.

Das klingt erst einmal kompliziert, lässt sich aber gut beschreiben.

Unter Etablierung zu verstehen ist ein zunehmend auf den Staat und seine Institutionen gerichtetes Handeln von Parteien im Hinblick auf Aktionsfelder und das für die Existenz notwendige Ressourcenaufkommen. Dieser Prozess der Etablierung von Parteien ist zwar keinesfalls neu – schon in den 1980er-Jahren war die Rede von „quasi halbstaatlichen Dienstleistungsorganisationen“, hat sich aber trotz vielfältiger, teilweise polemischer Kritik („der Staat als Beute“) daran bis heute fortgesetzt. Wie jede Organisation sind Parteien an ihrer Überlebensfähigkeit interessiert und versuchen, die Bedingungen entsprechend auszugestalten. Der Vorteil für Parteien im Gegensatz zu anderen Organisationen liegt darin begründet, dass sie durch ihre unmittelbare Mitwirkung in Parlamenten und Regierungen ihr Umfeld selbst ausgestalten können, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt.

Ihre zentrale Rolle im politischen Willensbildungsprozess und für die Herstellung demokratischer Legitimation rechtfertigt eine zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben entsprechende materielle Ausstattung. Jedoch entbrennt immer wieder Streit darüber, wie umfangreich diese aussehen soll. Da das Bundesverfassungsgericht der direkten staatlichen Parteienfinanzierung recht enge Grenzen gesetzt hat, haben die Parteien schon seit längerer Zeit ihre Ressourcen in Parlamenten erheblich ausgedehnt, beispielsweise indem sie die Zahl der Mitarbeiter oder die finanziellen Mittel für die Arbeit der Fraktionen spürbar erhöhten.



Reform für lange Bänke?

Vornehmlich SPD und CDU kompensieren damit partiell ihre sukzessive zurückgehende gesellschaftliche Anbindung, die in geringeren Mitgliederzahlen und – insbesondere bei der SPD – deutlich rückläufigen Wähleranteilen ihren markantesten Ausdruck findet. Damit sinken gleichzeitig die Einnahmen der Parteien aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die sich ja zu wesentlichen Teilen an Wählerstimmen und Mitgliedsbeiträgen bemessen.

Angesichts der für beide Parteien sehr ungünstigen demographischen Struktur der Mitgliedschaft (das Durchschnittsalter der Mitglieder beträgt mehr als 60 Jahre) und ihrer zuletzt nachlassenden Bindungskraft unter jüngeren Wählern suchen SPD und CDU nach Auswegen, um ihre gesellschaftliche Anbindung im Zuge einer sich fragmentierenden Gesellschaft als Integrationsparteien sicherzustellen. Mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft droht gerade denjenigen Parteien ein Teil an Responsivität, also Berücksichtigung von Werten, Interessen und Meinungen der eigenen Mitglied- und Wählerschaft, verloren zu gehen, auf

Integration und Ausgleich der Gesamtgesellschaft setzen, weil die Differenzen zwischen den Gesellschaftssegmenten schwerer überbrückbar werden. Wie nun versuchten die solchermaßen geschwächten Parteien dem Wandel erfolgreich zu begegnen?

Als ein Weg bot sich die Professionalisierung ihrer Strukturen und ihrer Medienkommunikation an. Im Zentrum des Selbstverständnisses der Parteien als professionalisierte Dienstleister stehen logischerweise diejenigen, die Politik als Beruf betreiben, also vornehmlich die Abgeordneten und deren Mitarbeiter. Ihnen kommt angesichts der für SPD und Union negativen Mitgliederentwicklungen eine herausgehobene Bedeutung zu, um die ausgedünnte oder im Osten Deutschlands niemals breit gefächerte Parteiorganisation vor Ort am Leben zu halten. Sie sorgen als Landtags- oder Bundestagsabgeordnete zusammen mit den hauptamtlichen Kommunalpolitikern für einen Teil der Sichtbarkeit der Partei in den Städten und Gemeinden. Nicht zuletzt sollen sie die außer- und innerparteilichen Kommunikationskanäle funktionsfähig erhalten, damit sich keine Abkoppelung der Parteiführungen gegenüber Wählern und Mitgliedern einstellt und Politik möglichst responsiv bleibt – umgangssprachlich: das Ohr nah am Volk hat.

Letzteres ist zwar nicht zuletzt angesichts der Akademisierung des Abgeordnetenberufs und der genannten gesellschaftlichen Entwicklungen schwieriger und brüchiger geworden, was in Protest- und Nichtwahl derjenigen mündet, die sich nicht mehr angemessen vertreten fühlen. Dennoch spielt im Selbstverständnis der Unionsparteien wie der Sozialdemokraten aufgrund der jahrzehntelangen Praxis das Image der direkt gewählten Abgeordneten als Interessenvertreter seines bzw. ihres Wahlkreises nach wie vor eine große Rolle. Nicht zuletzt auch aus diesem Interesse heraus fiel es den Abgeordneten beider Regierungsfractionen offensichtlich schwer, eine Reduktion der Wahlkreismandate zu akzeptieren, zumal die Unsicherheit unter ihnen weit verbreitet ist, eine Verkleinerung des Parlaments im Sinne eines allgemeinen Wohls als unbedingt notwendig zu betrachten. Eine deutliche Reduktion der Wahlkreismandate hätte den drei Regierungsparteien keine erkennbaren Vorteile gebracht. Dass Berufspolitiker wie andere Berufsgruppen auch zu Verselbständigungstendenzen neigen und an ihrem Berufsweg festhalten möchten, verwundert nicht, hat aber verdeutlicht, dass Etablierung und Professionalisierung die Bande der Parteien zu ihren Wählern gelockert haben.

Wenn Meinungsumfragen in vielen Fällen korrigierend einwirken können, so entfiel diese Art plebiszitäre Komponente dieses Mal als Responsivitätsmechanismus. Für Interessensvertreter in eigener Sache ist es ein schwieriges Unterfangen, vom Eigeninteresse zu abstrahieren. Das gilt nicht nur, aber eben auch für politische Parteien. Ein guter Vorschlag ist gemacht: Eine Kommission mit unabhängigen Vertretern sollte Vorschläge zur Wettbewerbsordnung, sprich zum Wahlrecht vorlegen. Eine Möglichkeit für die Verrechnung der Zweitstimmen wäre es, Bundeslisten einzuführen. Das Problem der Überhangmandate wäre damit nahezu beseitigt.



PROF. DR. UWE JUN

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Trier und hat dort die Professur „Westliche Demokratien – Das politische System Deutschlands“ inne. Zuvor lehrte und forschte er u.a. in Göttingen, Harvard, an der FU Berlin und in Stockholm. 2020 sind erschienen: „Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland“ (mit Oskar Niedermayer) und „Continuity and Change of Party Democracies in Europe“ (mit Sebastian Bukow).

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](http://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)

AUS DEM BANNASKREIS  
Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Podcaster

Wie der Herr, so's Gescherr? Entgegen der Bemühung, die Machtkämpfe, die um die Führung der SPD ausgetragen wurden, als beendet erscheinen zu lassen, wird der Streit an der Parteibasis fortgesetzt. Mehr noch: Auseinandersetzungen in SPD-Gliederungen erscheinen – horribile dictu – als Stellvertreterkriege Berliner Spitzenleute. In München setzte sich im Kampf, wer bei der Bundestagswahl für die SPD antritt, der Abgeordnete Florian Post gegen die Herausforderin Philippa Sigl-Glöckner klar durch. Die bundespolitische Bedeutung: Post hatte im vergangenen Jahr zu den schärfsten Kritikern von Andrea Nahles gehört, die aber stets auch Scholz im Visier hatten. Sigl-Glöckner wiederum ist Referentin von Wolfgang Schmidt, der im Bundesfinanzministerium Staatssekretär und seit vielen Jahren Vertrauter von Scholz ist. Ein ähnliches Menetekel für Scholz gibt es auch in NRW. Der Chef der SPD-Landtagsfraktion Thomas Kutschaty will den Landesvorsitzenden Sebastian Hartmann vom Thron stürzen. Hartmann hatte sich frühzeitig für Scholz als Kanzlerkandidaten ausgesprochen. Kutschaty hingegen hatte die Bewerbung von Norbert Walter-Borjans um den SPD-Vorsitz unterstützt – tatkräftig und mit Erfolg. Scholz verlor. Nun hat Kutschaty gute Aussichten, Landesvorsitzender zu werden. Berichten zufolge mit Unterstützung des linken Parteiflügels und auch von Walter-Borjans. In seinem Kölner SPD-Heimatverband aber, dem auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Rolf Mützenich angehört, geht es drunter und drüber. Eine befriedende Wirkung dort üben die beiden „Berliner“ nicht aus. Andreas Kossiski wollte, nachdem er die Oberbürgermeisterwahl verloren hatte, Chef der SPD-Stadtratsfraktion werden. Er kandidierte gegen Amtsinhaber Christian Joisten – vergeblich. Der sprach von einem „Tiefpunkt der Nicht-Zusammenarbeit“. Und die Ko-Vorsitzenden? Walter-Borjans bezeichnete die NRW-Kommunalwahlen positiv als „Trendwende“, Saskia Esken hingegen als „bitteres Ergebnis“. Walter-Borjans hat jetzt in einem Interview versichert, er sei „keiner, der an seinem Stuhl klebt“, nachdem er schon im Sommer auf eine Kandidatur für den Bundestag verzichtet hatte. Es gebe viele „Hoffnungsträger, die noch vernehmbarer sein könnten“, meinte er. Generalsekretär Lars Klingbeil (rechter Flügel) und der Partei-Vize Kevin Kühnert (linker Flügel) produzieren derweil Podcasts voller selbstverliebter Plattitüden.